

Bocholter-Borkener Volksblatt

Nummer 177

Freitag, den 28. Juni 1929

Jahrgang 1929

Versailles und das besetzte Gebiet.

Ein Brief aus der dritten Zone.

In ganz Deutschland wird man am 28. Juni, dem 10jährigen Gedenktag der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles, Trauer- und Protestkundgebungen veranstalten, damit alle Welt es wieder und wieder hört, daß aus der Lüge von Versailles nie der Friede Europas wachsen kann. Auch wir, hier im besetzten Gebiet, wollten an diesem Tage Trauerkundgebungen veranstalten und alle Welt wissen lassen, daß man auch uns, die wir als Grenzland der Schrecken des Krieges härter und schlimmer über uns ergehen lassen mußten als das übrige Deutschland, die wir nach dem Kriege länger als 10 Jahre die Last einer fremden Besatzung getragen und jeden Tag unter Deutschem, oft unter Einwirkung von Gut und Blut, verteidigt haben, daß man uns trotz alledem nicht mürbe gekriegt hat, daß wir auch heute noch bereit und willens sind, vor aller Welt im Angesicht der fremden Besatzung Protest zu erheben gegen die Kriegsschuldtheorie von Versailles. Nicht auf öffentlichen Plätzen, nicht durch Umzüge in den Straßen wollten wir unser Trauer und unsern Protest Ausdruck geben, sondern durch Kundgebungen in geschlossenen Räumen. Alle größeren politischen Parteien hatten sich über den Charakter dieser Kundgebungen geeinigt, man war sich der Verantwortung bewußt und wollte die Gewähr für einen ruhigen und würdigen Verlauf übernehmen. Jedes verlebende oder herausfordernde Wort gegenüber der Besatzung wäre vermieden worden, denn wir wissen nur zu gut, infolge der mannigfachen und traurigen Erfahrungen, die wir auch nach dieser Richtung in den letzten 10 Jahren gemacht haben, daß die rohe Gewalt der Gegenseite auch heute noch das letzte Wort spricht und sich gegen uns wenden wird.

Aber auch diese Kundgebungen in geschlossenen Versammlungen, den Protest hinter verschlossenen Türen, von wo aus kein Wort an das Ohr eines Besatzungsangehörigen gedrungen wäre, es sei denn, daß er sich als Spitzel einschleichen oder zur Überwachung einladen würde, hat man uns nicht gestattet. Generell erging seitens der internationalisierten Rheinlandkommission das Verbot jeglicher Kundgebungen. Ein trauriger Beweis dafür, wie es auch heute noch, 10 Jahre nach Unterzeichnung des Versailleser Friedens, um unsere politische und persönliche Freiheit hier im besetzten Gebiet bestellt ist. Sieht so die „unsichtbare Besatzung“ aus?

Wir unsererseits müssen uns dagegen die Feier des Tages, wie die Gegenseite das alljährlich für richtig hält, gefallen lassen; müssen sehen, wie die fremden Flaggen auf den beschlagnahmten deutschen Gebäuden wehen, müssen die Umzüge durch die Straßen unserer Städte passieren lassen, müssen hören, wie die Militärkapellen Sieges- und Feiertagsmärsche spielen, und sind auf Straßen und Plätzen und in den öffentlichen Lokalen den häßlichen Bildern und der Unterhaltung der sich stolz brüstenden Besatzungssoldaten und ihres Anhangs ausgeliefert. Wer solche Tage und Stunden nicht persönlich ausgestoßen hat, der wird auch nur schwer nachfühlen können, wie in solchen Situationen der gesamten Bevölkerung des besetzten Gebietes zu Mute ist, wie man seine politische Überzeugung, sein Gewissen und sein Gerechtigkeitsgefühl und nicht zuletzt sein deutsches Empfinden und Denken gleichsam mit Füßen getreten fühlt. Und das muß man uns seitens der Besatzung auch heute noch zu, heute 10 Jahre nach dem Kriege, wo immer noch weit über 1000 farbige Soldaten über die Freiheit der deutschen Zivilbevölkerung zu wachen haben. So achtet Frankreich die Abmachungen von Locarno, Genf und Thoiry.

Wir werden also den 10jährigen Gedenktag der Unterzeichnung des Versailleser Diktates hier im besetzten Gebiet unter den Bajonetten der fremden Besatzung nur in Wehmut und stiller Trauer begehen können. Man hindert uns, unseren Willen und unsere Überzeugung in Kundgebungen und Protesten vor aller Welt frei und offen zu betonen, unserer Empörung aus tiefstem Herzen Ausdruck zu geben.

Und doch! Das übrige Deutschland und mit ihm die ganze Welt soll und muß erfahren, wie wir, die wir mit am schwersten unter dem Versailleser Vertrag und seiner Kriegsschuldtheorie leiden, heute über dieses Unrecht denken. Wir stimmen da dem Kriegsgelehrten Alfred von Wegerer zu, wenn er (Westfälische Monatshefte) schreibt: „Deutschland ist 1919 in dem Kampf, den es für seine Ehre und einen wahren Völkerrfrieden bis an die Grenzen des Möglichen geführt hat, unterlegen. Dies bedeutet aber keineswegs, daß der Kampf überhaupt verloren ist. Recht und Gerechtigkeit sind unveräußerliche Güter eines Volkes wie des Menschengeschlechtes, und weder Kanonen noch

Bajonette, weder Hungerblockade, noch erpresste Unterwerfungen werden es jemals fertig bringen, aus Unrecht Recht zu machen.“

Wir im besetzten Gebiet, besonders hier in der dritten Zone, verfolgen mit größter Spannung den Gang der Verhandlungen um Reparationen und Räumung. Aber selbst auf die Gefahr hin, daß sich für die in Aussicht genommene politische Konferenz durch die Frage der Kontrollkommission und die Freigabe des Saargebietes die Schwierigkeiten zu einem schier unübersteigbaren Berge aufstürzen sollten, wir

können nichts von unserm Standpunkte in der Räumungs- und Saarfrage preisgeben. Keine neuen Bedingungen werden in der Kontrollfrage noch in der Saarfrage! Keine weiteren Zugeständnisse nach der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Seite hin! Hier tragen wir die Last der fremden Besatzung bis zu dem im Versailleser Diktat festgelegten Termin, als daß wir zustimmen können, daß Frankreich weiter Schacher und Buhar treibt mit unserer politischen und nationalen Freiheit. Das ist unser Gebotnis zum 28. Juni 1929.

Reichspräsident und Reichsregierung zum Zehnjahrestag von Versailles.

Erneute Zurückweisung der Kriegsschuldfrage.

— Berlin, 28. Juni. Der Reichspräsident und die Reichsregierung veröffentlichen folgende Rundgebung:

An das deutsche Volk!

Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verfloßen, seit in Versailles deutsche Friedensunterhändler gezwungen waren, ihre Unterschrift unter eine Urkunde zu setzen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutete. Zehn Jahre lastet der Vertrag auf allen Schichten des deutschen Volkes, auf Geistesleben und Wirtschaft, auf dem Werk des Arbeiters und des Bauern. Es hat zäher und angestrengter Arbeit und einmütigen Zusammenstehens aller Teile des deutschen Volkes bedurft, um wenigstens die schwersten Auswirkungen des Versailleser Vertrages abzuwenden, die unser Vaterland in seinem Dasein bedrohten und das wirtschaftliche Gedeihen ganz Europas in Frage stellten.

Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf läßt unser Volk nicht zur Ruhe kommen und führt das Vertrauen unter den Nationen. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege und in der festen Zuversicht, daß dem Gedanken eines wahren Friedens, der nicht auf Diktaten, sondern nur auf der übereinstimmenden und ehrenvollen Überzeugung freier und gleichberechtigter Völker beruhen kann, die Zukunft gebührt.

Berlin, den 28. Juni 1929.

Der Reichspräsident: gez. v. Hindenburg.

Die Reichsregierung: gez. Müller.

gez. Dr. Stresemann, gez. Groener, gez. Curtius, gez. Dr. Wirth, gez. Dr. Schädl, gez. Wiffel, gez. Dr. Hilferding, gez. Severing, gez. Dietrich, gez. v. Guérard, gez. Dr. h. c. Stegerwald.

Verlängerung des Republik- schutzes abgelehnt.

Die Wirtschaftspartei verhindert die notwendige Zweidrittelmehrheit. Großer Radau im Reichstag. — Zweite Panzerkreuzerrate bewilligt. Sperrgesetz für Standesherrn-Prozesse mit einfacher Mehrheit angenommen. — Weitere Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Severing kündigt neue Republiksschutzvorlage an.

— Berlin, 27. Juni.

Zu Beginn der Donnerstagssitzung des Reichstages ergaben sich infolge einiger Schwierigkeiten, als der größte Teil der Druckarbeiten zu den auf der Tagesordnung stehenden Fragen noch nicht fertig gestellt und verteilt war. Infolgedessen erhoben die Sozialdemokraten gegen die Beratung der Anträge zur Getreidefrage Widerspruch, dem Ratgehege werden mußte. Als dann die Beratungen der Novellen zur Reg. Brünning und zum Biersteuer- und Zuckergesetz erfolgen sollten, erhoben die Deutschnationalen dagegen mit gleicher Begründung Einspruch, dem ebenfalls stattgegeben werden mußte. Präsident Seebe wollte nunmehr mit der dritten Lesung des Haushalts fortfahren. Von den Deutschnationalen wurde darauf auch die Beratung des Etats zurückgestellt. Nach kurzer Geschäftsordnungsausprache schloß das Haus schließlich auf Vorschlag der Bayerischen Volkspartei, die Sitzung bis 12 Uhr zu vertagen, um inwieweit die Schwierigkeiten zu beheben.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung beantragte der Abgeordnete Graf Westarp (D. Nat.), die dritte Beratung des Etats zurückzustellen. Die Deutschnationalen könnten über den Etat erst abstimmen, wenn die Zollvorlagen erledigt seien. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Antrag Westarp abgelehnt und die

dritte Beratung des Etats

fortgesetzt.

Beim Haushalt des Reichsfinanzministeriums erklärte Reichsfinanzminister Hilferding, die Regierung habe mit Rücksicht auf die gespannte Finanzlage den Antrag der Regierungsparteien auf Selbstverwaltungsbefreiungen nicht entsprechen können. Die Hauptaufgabe der Revision der durch Stellenabbau freizumachenden Beamten sein. Wir erwarten auf diesem Gebiet die Unterstützung auch der Länder und Gemeinden.

Vor der Schlussabstimmung verlas Abg. Stöcker (R.) eine längere Erklärung des Inhalts, daß die Kommunisten keine Partei abgeben.

In namentlicher Abstimmung wurde mit 240 gegen 172 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei neun Enthaltungen die zweite Rate des Panzerkreuzers bewilligt.

Die sozialdemokratischen Minister stimmten im Gegensatz zur Fraktion für die Bewilligung. Beim Landwirtschaftsetat wurden auf Antrag der Regierungsparteien die

Mittel für die Förderung landwirtschaftlicher Kraftgeräte erhöht.

Der mit diesem Etat verbundene Antrag auf Streichung der Zwischensätze für Speck und Schmalz wurde gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Angenommen wurde auch der Antrag auf Bewilligung von

3,75 Millionen zur Förderung der Bewegung der Getreideern.

Beim Versorgungsetat wurde die Entschädigung auf

Fehlende Zweidrittelmehrheit.

Im Reichstag standen am gestrigen Donnerstag zwei Gesetze zur Entscheidung, die verfassungsändernden Charakter haben. Das eine war das Republiksschutzgesetz, für das sich in der Abstimmung nur eine einfache Mehrheit ergab, weil die Wirtschaftspartei den Regierungsparteien einmal ihre Macht fühlen lassen wollte. Das andere Gesetz war die Vorlage, deren Annahme die Aufwertungsprozesse der ehemaligen Standesherrn hinauschieben soll, damit inwieweit, wie von Regierungssseite beabsichtigt ist, eine gesetzliche Neuregelung vorbereitet werden kann, durch die den Vertriebenen die Möglichkeit genommen wird, den Standesherrn für ihre Renten eine Aufwertung von 40 und mehr Prozent zuguerkennen. Auch für dieses Gesetz fand sich im Reichstag nur eine einfache Mehrheit. Während aber die Reichsregierung die Ablehnung des Republiksschutzgesetzes ausbleiben ließ, so die Ablehnung des Sperrgesetzes. Reichsjustizminister v. Guérard hat den Standpunkt vertreten, daß es keinen verfassungsändernden Charakter habe, weil es nur eine Änderung der Prozessordnung enthalte. Im Reichstag wurde dem Minister daraufhin vorgehalten, daß er, bevor er Minister geworden sei, just den entgegengesetzten Standpunkt vertreten habe. Daß dieser Standpunkt der richtige war, möchten auch wir meinen. Denn das Sperrgesetz verstößt ganz klar gegen Artikel 109 der Reichsverfassung, in dem die Rechtsgleichheit aller Deutschen ausgesprochen wird, und gegen Artikel 105, wonach niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf.

Wir sind nun keineswegs der Meinung, daß den Standesherrn eine höhere Aufwertung zukomme als anderen Staatsbürgern, wohl aber halten wir dafür, daß alles in der Gesetzgebung in richtiger Weise vor sich gehen muß. Allerdings hat Reichstagspräsident Seebe nach der Abstimmung im Reichstag mit Recht erklärt, daß die Entscheidung darüber, ob das Sperrgesetz durch die Abstimmung Gültigkeit habe, nicht Sache des Reichstags sei. Dieser Satz entfällt klar die Fiktion, die in diesem Fall von der Regierung angewandt wird. Das Gesetz wird veröffentlicht und dadurch in Kraft gesetzt werden. Ueber die schwebenden Prozesse wird damit die Sperre verhängt, und es bedarf seitens der interessierten Kreise erst einer Anrufung des Staatsgerichtshofes, damit dieser sein Urteil darüber abgibt, ob das Gesetz Rechtsgültigkeit habe oder nicht. Darüber werden einige Monate ins Land gehen, und inwieweit wird man die gesetzliche Neuregelung der Rentenfrage soweit gefördert haben, daß mit der Rechtsgültigkeitserklärung des Staatsgerichtshofes nicht mehr viel anzufangen ist. Für ganz fair halten wir diese Prozedur nicht. Das muß gesagt werden, obwohl wir, wie bereits bemerkt, ganz entschieden der Meinung sind, daß die Forderungen der Standesherrn zu weit gehen.

Vorlegung eines Parteistandbeamten-gesetzes abgelehnt. Zur Deckung der Mehrausgaben für die Reichsarbeiter wurden auf Antrag der Regierungsparteien 4,5 Millionen bewilligt. In einem weiteren Antrag fordern die Regierungsparteien die Bewilligung von sechs Millionen für die deutschen Werke in Kiel. Der Antrag wurde angenommen.

Die Endabstimmung über den Gesamtetat wurde zunächst zurückgestellt.

Hierauf wurden die

Mittrauensanträge gegen den Reichsaußenminister

Dr. Stresemann

gegen die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christlich-Nationalen und Kommunisten abgelehnt.

Es folgte die

dritte Beratung des Sperrgesetzes für Rechts-

freistellen über ältere kassierte Renten.

Abg. v. Lindeiner-Wildau (D. Nat.) führte

aus, das Sperrgesetz verleihe die in der Weimarer Ver-

fassung festgelegten Grundrechte.

Der preußische Finanzminister Dr. Hop-

fer-Ashoff nahm das Wort, um die in der früheren

Debatte aufgestellte Behauptung zurückzuweisen, daß

Preußen sich mit dem Sperrgesetz einen rechtswidrigen

Vermögensanteil verschaffen wolle. Es handele sich dar-

um, daß die preußischen Staatseinkommen nicht zur Be-

friedigung unbedingter Ansprüche verwendet werden

sollen. Es sei unbedenklich, wenn den heftigen

Standesherrn im Gegensatz zu allen anderen

Staatsbürgern eine beinahe hundertprozentige

Aufwertung gewährt werde. Um volle Klarheit zu

schaffen, würde die preußische Regierung es begrüßen,

wenn im Gesetz gesagt würde, daß Schiedsverträge die

Anwendung des Gesetzes nicht hindern.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vpt.) beantragte die

Wiederherstellung des Gesetzes in der Fassung, daß das

Sperrgesetz verfassungsändernd sei. Die Auf-

wertung von Renten sei mit der Aufwertung nicht

vergleichbar.

Nach weiterer Debatte wurde der Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, daß das Ge-

setz als verfassungsändernd zu bezeichnen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 242 gegen 186

Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt.

In der namentlichen Schlussabstimmung

wurde das Gesetz mit 260 gegen 170 Stimmen

bei sechs Enthaltungen endgültig angenommen.

Für das Gesetz haben Zentrum, Demokraten, Sozialdemo-

krate, Kommunisten und Deutsche Bauernpartei ge-

stimmt.

Die Gegner des Konkordats marschieren auf.

Die Beratung im Staatsratsausschuß.

Von unserer Berliner Redaktion.

× Berlin, 27. Juni. (Draht.)

Der Verfassungsausschuß und der Hauptausschuß des Preussischen Staatsrats besaßen sich in ihrer heutigen gemeinsamen Sitzung mit dem Entwurf des Konkordats zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche. Die Verhandlungen waren bis in die späten Abendstunden hin. Oberbürgermeister Dr. Jares erstattete Bericht und der preussische Kultusminister Dr. Beder erläuterte den Inhalt des Vertrages und ging auf Einzelheiten ein, um etwa vorhandene Unklarheiten zu beseitigen.

Für die Arbeitsgemeinschaft, die die rechtsprechenden Staatsorgane umfaßt, sprach Herr von Gahl. Er brachte gegen das Konkordat mehrere sachliche Bedenken vor und erklärte, daß gleichzeitig mit der Verabschiedung dieses Gesetzes auch ein Vertrag mit den evangelischen Landeskirchen abgeschlossen werden müsse. Die Sozialdemokraten ließen erklären, daß sie im konstitutionellen Interesse dem Vertrag zustimmen werden. Bei einer Prüfung des Vertrags seien sie zu dem Ergebnis gekommen, daß Preußen nicht leicht abgetrennt werden könne. Die Kommunisten stimmten, wie nicht anders zu erwarten war, gegen den Vertrag. Die Demokraten teilten mit, daß sie zustimmen würden. Sie richteten aber gleichzeitig an die Staatsregierung das Ersuchen, in Verhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen einzutreten. In der Forderung der Demokraten heißt es, es müßten mit der evangelischen Kirche gleichwertige Vereinbarungen getroffen werden.

Für das Zentrum sprach Oberbürgermeister Ralston-Kolbor. Er wies zunächst auf die Rechtslage hin, wie sie sich aus der Reichsverfassung und dem kanonischen Recht ergibt, und erläuterte dann die einzelnen Bestimmungen des Vertrages. U. a. wies er darauf hin, daß die Rechte des preussischen Staates bei der Abgrenzung durchaus nicht geschmälert worden seien. In Bezug auf die evangelische Kirche betonte er, daß das Zentrum genau wie bisher die berechtigten Wünsche der evangelischen Kirche auch in Zukunft berücksichtigen würde. Die Hinaushebung des Konkordats, wie es von der Generalisynode verlangt werde, sei für das Zentrum undiskutierbar. Es gehe nicht an, eine Angelegenheit, die mit dem Konkordat nichts zu tun habe, mit diesem zu verwickeln und sein Inkrafttreten vom Zustandekommen eines anderen Vertrages abhängig zu machen. Seit 1924 liege die katholische Kirche gegenüber der evangelischen Kirche in erheblichem Nachteil. Es wäre daher ungerath, das Konkordat solange hinauszuverschieben, bis gleichwertige Verträge zwischen der Staatsregierung und den evangelischen Landeskirchen geschlossen seien. Es sei nicht mehr als Recht, die berechtigten Wünsche der katholischen Bevölkerung durch Abschluß des Konkordats zu erfüllen. Die Verhandlungen mit dem St. Stuhl hätten jahrelang gedauert. Wieviel Zeit würde es daher kosten, mit den acht evangelischen Landeskirchen zu Verträgen zu kommen?

Die Bestimmungen im Ausfluß werden morgen, früh 9 Uhr, vorgenommen. Am 10.30 Uhr tritt das Plenum des Staatsrats zusammen. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen kann erwartet werden, daß sowohl der Ausfluß, wie auch der Staatsrat mit einer knappen Mehrheit den Staatsvertrag zwischen der Kurie und dem preussischen Staat billigen wird. Wie wir hören, wird das Zentrum im Plenum des Staatsrats eine formulierte Erklärung abgeben.

Ein Wirtschaftsparteiler versucht ein Kuhhandelsgeschäft.

× Berlin, 27. Juni.

Wie wir aus Landtagskreisen erfahren, ist bei der Behandlung der Umgebungsfragen im Preussischen Landtag ein Sonderfall zu verzeichnen, der in allen politischen Kreisen großes Aufsehen erregt hat. Den Grund dazu bildet folgender Vorgang:

Der Landtagsabgeordnete Gräter von der Wirtschaftspartei, der sich besonders stark gegen die Aufhebung seiner eigenen Heiner Partei Freunde für die Eingemeindung seines Heimatortes Herten nach Kettlinghausen einsetzt, hat an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages, den Abg. Geh, ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt, daß es insbesondere seinem Einfluß zu verdanken sei, wenn die Wirtschaftspartei geschlossen für den Abschluß des Konkordats eintrete.

Er müsse als Gegendienst von der Zentrumsfraktion erwarten, daß sie sich in der ihn persönlich stark interessierenden Frage Kettlinghausen-Herten in aller Entschiedenheit für die Ansprüche der Stadt Kettlinghausen auf Herten einsetze. Sollte das Zentrum dazu nicht in der Lage sein, so würde er seinen ganzen Einfluß aufbieten, die Wirtschaftspartei von der Zustimmung zum Konkordat abzuhalten. Abg. Geh setzte sich nach Erhalt des Schreibens sofort mit dem Vorsitzenden der Wirtschaftspartei im Landtag, Abg. Labendorf, in Verbindung und bat um Aufklärung über das Schreiben des Abg. Gräter. Abg. Labendorf stellte darauf fest, daß die Fraktion der Wirtschaftspartei in keiner Weise von dem Schreiben des Abg. Gräter unterrichtet gewesen sei und daß sie auch gar nicht daran denke, die Konkordatsfrage mit Eingemeindungswünschen zu verwickeln.

Es ist immerhin merkwürdig, daß Abg. Gräter als Katholik und ehemaliger örtlicher Zentrumsführer bereit ist, das Konkordat im Interesse persönlicher Eingemeindungswünsche in Gefahr zu bringen.

Einstimmige Ablehnung durch die Deutsche Volkspartei.

× Berlin, 27. Juni

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer heutigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: „Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist nach wie vor bereit, an einer den konstitutionellen Frieden sichernden Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und katholischer Kirche mitzuwirken. Den vorliegenden Vertrag lehnt sie jedoch ganz abgelehnt ab, da ein gleichwertiger Vertrag mit der evangelischen Kirche fehlt, um eines sachlichen Inhalts willen einstimmig ab.“

Die Deutschnationalen lehnen ebenfalls ab.

× Berlin, 27. Juni.

Die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtages teilt mit, daß ihr wiederholt der Öffentlichkeit bekanntgegebener Standpunkt zu dem Vertrag zwischen Staat und katholischer Kirche unverändert geblieben ist. In der heutigen Fraktionsversammlung ist erneut der einstimmige Wille zum Ausdruck gebracht worden, diesen Vertrag keinesfalls anzunehmen, wenn nicht gleichzeitig gleichwertige Verträge mit den evangelischen Kirchen abgeschlossen werden.

Evangelische Kirche und preussischer Staat.

Der evangelische Oberkirchenrat beantragt Wiederaufnahme der Verhandlungen.

× Berlin, 27. Juni.

In Ausführung der Beschlüsse der Generalisynode hat der evangelische Oberkirchenrat im Namen des Kirchenrats an das preussische Staatsministerium den förmlichen Antrag auf Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Vertragsabschluß mit der evangelischen Kirche gerichtet. In dem Schreiben werden die in der Generalisynode bekanntgegebenen Forderungen der evangelischen Kirche für den Inhalt des gewünschten Vertrages näher präzisiert. Es wird festgestellt, daß von kirchlicher Seite einem schnellen Abschluß nichts im Wege stehe.

Ein mißglückter Versuch der Stadt Berlin.

Von unserer Berliner Redaktion.

× Berlin, 27. Juni.

Der Berliner Magistrat hat auch geglaubt, in der Konkordatsfrage tätig sein zu müssen. Er richtete nämlich eine in den städtischen Körperkassen angenommenen Entschließung an den Deutschen und Preussischen Städtebund, in der verlangt wird, gegen das Konkordat Stellung zu nehmen. Der Berliner Magistrat hatte jedoch mit diesem eigenartigen Schreiben keinen Erfolg. Der Vorstand des Städtebundes, der in diesen Tagen in Lübeck versammelt war, ging einstimmig über den Antrag des Berliner Magistrats zur Tagesordnung über.

Der Streit um den Tagungsort der Ministerkonferenz.

England erstaut über Frankreichs Einwendungen.

× London, 27. Juni. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt in einem Leitartikel: Es ist unange-nehm, daß bereits jetzt Schwierigkeiten wegen der Reparationskonferenz der Minister aufkommen. Man hat hier allgemein angenommen, daß nach dem Beispiel von 1924 die Konferenz in London zusammenzutreten sollte. In dieser Erwartung hatte die britische Regierung bezügliche Einladungen an die in Betracht kommenden Regierungen erlassen. Aber zur allgemeinen Überraschung erhebt Frankreich, obgleich seine Antwort noch nicht eingegangen ist, offizielle Einwendungen gegen London und tritt für ein neutrales Land ein. Deutschland dagegen hat, wie bekannt, nicht die geringsten Einwendungen gegen London gemacht. Das Blatt betont, für die Mitglieder der neuen britischen Regierung sei es unmöglich, gerade in den ersten Wochen des zusammengetretenen neuen Parlaments London zu verlassen und bemerkt, daß, wenn man nicht in London festhalten würde, eine gewisse Verzögerung unvermeidlich wäre. Die Zeit drängt, denn der Young-Plan soll am 1. September in Kraft treten. Es scheint auch nicht so sicher, wie zunächst angenommen, daß die Konferenz kurz und leicht sein wird. Schwierigkeiten finanzieller und politischer Art müssen überwunden werden. Der Widerstand gegen die sofortige Räumung des Rheinlandes wächst in Frankreich. Selbst wenn der Räumung zugestimmt wird, besteht noch das schwierige Problem des vorgeschlagenen Ueberrückens aus dem Rheinland in den deutschen Besitz. In seiner eigenen Geneigtheit anzunehmen und auf den die Franzosen vielfach bestehen werden. Außerdem wird vielfach, wenn die Deutschen auf ihrer Ansicht be-

harren, die Saarfrage von ihnen vorgebracht werden. „Daily Herald“ hebt hervor, daß für alle diese heftigen Verhandlungen Zeit notwendig ist und schließt: Die Argumente für die Abhaltung der Konferenz im Juli statt im August sind überwältigend. Man müsse weiter hoffen, daß die Erkenntnis dieser Tatsache sowie die besonderen Umstände, in denen sich die britische Regierung befindet, schließlich doch noch die anderen Länder veranlassen werden, die Einladung anzunehmen und ihre Vertreter nach London zu entsenden.

Keine Einwendungen Belgiens gegen London.

× Brüssel, 27. Juni. Wie verlautet, hat die belgische Regierung in London mitteilen lassen, sie sehe keinen Anlaß, gegen die Abhaltung der geplanten großen Konferenz zur Prüfung des Sachverständigenplanes in London Einwendungen zu erheben.

Französische Offenherzigkeit.

× Paris, 27. Juni. Der „Temps“ kommt erneut auf die Ausführungen Dr. Stresemanns vor dem Reichstag zu sprechen und hebt dabei hervor, der Grund für die Einsetzung eines Verständigungs- und Verständigungsausschusses sei von Vertretern der Signatarmächte der Genfer Entschliessung angenommen worden, jedoch es nicht schwer sein dürfte, sich über die Vollmachten und die Dauer eines beratenden Ausschusses zu verständigen. Das Blatt gibt seinem Ersinnen

darüber Ausdruck, daß alle deutschen Parteien, die linken sowohl wie die rechten, jede weitere Kontrolle für die entmilitarisierte Rheinlandzone ablehnen. Man begreife das umso weniger, als die deutschen Parteien wissen müßten, daß die Kontrolle eine wesentliche Bedingung für die Sicherheit des Westens sei. Gerade weil die nötige und endgültige Kriegsschlichtungsfrage auf der Grundlage des Sachverständigenplanes für das Reich unerlässlich sei, dürfe Deutschland in die bevorstehenden internationalen Verhandlungen nicht mit dem laut befohlenen Willen eintreten, politische Forderungen zu erheben, die die Alliierten

nicht erfüllen können, ohne ihre eigenen Interessen zu opfern und die Sicherheit Europas zu gefährden.

Poincaré unzugänglich.

× Paris, 27. Juni. Im Anschluß an den Kabinettsrat vom Donnerstag verlautet aus den der Regierung nahe- stehenden Kreisen, daß die französische Regierung weiter darauf bestanden werde, die Regierungskonferenz in den ersten 14 Tagen des Monats August, und zwar in einem neutralen Lande, abzuhalten.

Das Dezennium des Diktats.

Ein Schreiben des Kyffhäuserbundes an die Reichsregierung.

× Berlin, 27. Juni. Der Vorstand des deutschen Kyffhäuserbundes, an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß der Kyffhäuserbund „Kyffhäuser“ es sich zur Aufgabe gemacht habe, im Jahre 1929, das den zehnjährigen Jahrestag der erzwungenen Unterwerfung unter das Diktat von Versailles bringe, das deutsche Volk zu einem planmäßigen und freiwilligen Kampf gegen die Kriegsschuldfrage aufzurufen. Der Bund fühle sich dazu berufen, weil er sich frei fühle von allen parteipolitischen Absichten und weil seine Mitglieder sich ganz besonders in ihrer Soldatenehre verletzt fühlen durch die Mantelnote, die ihnen verbüßte Kriegsschuldfrage vorwirft. Es sei zu hoffen, daß die von dem Bund seit längerer Zeit eingeleitete Bewegung gegen die Kriegsschuldfrage durch die Kundgebungen am 28. Juni d. J. neue Stöße gewinnen und über alle Parteigrenzen hinweg jene Einigkeit erzwingen werde, die allein die Möglichkeit zu der Geschlossenheit des Handelns nach außen gibt. Einigkeit im Willen sei vorhanden, nur der Weg sei unklar. Schon jetzt sei der Beweis erbracht, daß jeder erfolgversprechende Schritt der Regierung zur Beilegung der Rüge der größten und freudigsten Widerhall in allen Kreisen der Bevölkerung finden würde, und daß es an der Zeit sei, in großzügiger Weise die Zweifel der Welt zu zerstreuen. Im Namen seiner drei Millionen Mitglieder bitte der „Kyffhäuserbund“ die

Reichsregierung dringend, jedes mögliche Mittel anzuwenden, um als notwendige Vorbereitung jeder Völkerverständigung die Versailles-Kriegsschuldfrage zu Fall zu bringen.

Warum keine Veranstaltungen in den Schulen?

Eine Erklärung der preussischen Staatsregierung.

× Berlin, 27. Juni.

Im Hinblick auf die verschiedenen Presseberichte, die sich mit den Veranstaltungen zur zehnjährigen Wiederkehr des Friedensvertrages von Versailles beschäftigen, teilt der Amtliche Preussische Pressedienst mit: Das preussische Staatsministerium hat im Anschluß an das Borgehen der Reichsregierung Sonderveranstaltungen jeder Art für unzulässig erklärt, um die Geschlossenheit der Kundgebung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung in seiner Weise zu beeinträchtigen. Die preussische Staatsregierung ging dabei von der Auffassung aus, daß die Gefühle der ganzen Nation an würdigen und autoritativen durch den Reichspräsidenten, zum Ausdruck gebracht werden. Begreifliche Wünsche einzelner Stellen, z. B. von Schulen und Hochschulen für eine Ausnahme zugunsten, mußten daher diesem höheren staatspolitischen Gesichtspunkt untergeordnet werden.

Der Prozeß friedländer.

Die Vernehmung der Eltern.

× Berlin, 27. Juni. Im Prozeß gegen Manasse Friedländer wurden heute Zeugen über den Charakter des Angeklagten vernommen, darunter Professor Dr. Franz Viole, der Manasse Friedländer auf der Vorbereitung zum Einjährigegymnasium ein Jahr lang in Deutsch und Geographie unterrichtet hat, sowie die Eltern des Angeklagten. In beiden Fällen erachteten die Vernehmungen fast nichts, was zu einer Klärung der tieferen Anlässe zur Tat hätte dienen können. Der Staatsanwalt hatte angeregt, von der Vernehmung der Eltern überhaupt abzuweichen, stieß aber auf Widerstand bei der Verteidigung. Professor Viole betonte u. a., daß Manasse Friedländer sich der Schule und der Lehrer gegenüber abweisend verhielt, ohne daß er aber sich dabei unbillig oder unredlich betragen habe. Vielleicht ist manches davon auf seine damals noch mangelhafte Sprachkenntnis zurückzuführen. Ihm persönlich liege Manasse Friedländer nicht im paß, vielmehr sei es auf den finsternen Gesichtsausdruck des Schülers zurückzuführen. Manasse Friedländer sei von Mitschülern und Kollegen mehrfach als häßlich bezeichnet worden. Ihm persönlich sei nichts dergleichen aufgefallen. Manasse Friedländer sei gelegentlich wegen seiner fremdartigen Aussprache von Mitschülern gehänselt worden; Antimilitarismus sei bei diesen Hänseleien nicht im Spiel gewesen, dergleichen komme an der fraglichen Anstalt nicht vor.

Der Vater des Angeklagten, der dann aufgerufen wurde, macht von seinem Recht der Zeugnisverweigerung nicht Gebrauch. Er erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er von 7 Uhr früh bis abends 9 Uhr im Gericht und nur am Mittwochs- und Freitagmorgen im Hause gewesen sei und deshalb wenig Gelegenheit gehabt habe, das Verhältnis zwischen ihnen beiden zu beobachten. Seit Tibor Földes sich an Waldemar angeschlossen habe, sei das Verhältnis zwischen ihnen beiden Söhnen schlechter geworden. In den letzten Jahren hätten die Brüder nicht miteinander gesprochen. Auf die Frage des Vorsitzenden: Haben Sie sich als Vater nicht bemüht, den Gründen nachzugehen? erklärte der Zeuge, er habe es versucht, aber keine Antwort erhalten. Auf die weitere Frage, ob der Vater nicht wenigstens Sonntags einmal mit den Söhnen ausgegangen sei, antwortete der Zeuge verneinend. Lediglich acht Tage vor dem Vorfall sei er mit Manasse ausgefahren. Manasse sei sehr niedergeschlagen gewesen und habe, nach dem Grund gefragt, nicht geantwortet. Der Vater hat daraufhin angenommen, daß der Grund in Manasses Stellunglosigkeit zu liegen liege. Vorhinder: Haben Sie ihn nicht als Vater getötet, daß er schon wieder etwas finden werde? Zeuge: Leider habe ich es nicht getan, ich konnte ja nicht ahnen, was kommen würde. Auf weitere Fragen des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, daß er vor etwa zwei Jahren Waldemar dabei überfallen, wie er den älteren Bruder, den er über das Bett geworfen hatte, überfallen. Er habe beide daraufhin geohrfeigt und gelagt er wolle es nie wieder erleben, daß sich Brüder prügeln. Den Grund der Prügelei hat der Zeuge nicht erfahren oder weiß ihn wenigstens heute nicht mehr.

Im weiteren Verlauf äußerten sich sowohl der Vater des Angeklagten, wie auch die nach dem Vater vernom-

mene Mutter mit überraschender Schärfe über den unheilvollen Einfluß, den der ebenfalls von Manasse erhoffene Freund Waldemar Friedländer, Tibor Földes, auf die Beziehungen der beiden Brüder gehabt habe. Die weitere Vernehmung der Mutter des Angeklagten, die sich in viele Einzelheiten verliert, ergibt im wesentlichen, daß die Beziehungen zwischen Waldemar und seiner Mutter ungleich wärmer waren als die zwischen Manasse und der Mutter. Wenn Waldemar nach Hause gekommen sei, so berichtete die Zeugin, habe sie mit ihm Tee getrunken und er habe ihr alle Erlebnisse aus der Schule aus dem Konfessionarium und aus dem Sportklub erzählt. Manasse sei ein ganz verschlossener Mensch gewesen, den sie überhaupt nicht habe verstehen können. Weiter erklärte die Mutter noch auf Befragen, daß die Kinder immer in Viskolen als Spielzeug gehabt hätten. Wenn sie aber von Manasses Waffe gewußt hätte, hätte sie sie ihm weggenommen. Auf die Frage des Verteidigers: „Ist also das Gefühl des Angeklagten, daß die Waldemar lieber gehabt hätten als ihn, berechtigt gewesen?“ erklärte die Zeugin weinend: „Wäre ich nur vertraut nur auf Gott, daß er mir das nicht widerfiele. Ich bin schuldig, weil ich Tibor nicht hinausgeworfen habe, der unter ganzem Familienglück zerbrach.“

Nach der Mittagspause begann die Vernehmung der Sachverständigen. Sanitätsrat Professor Dr. Leppmann hat Manasse im Untersuchungsgefängnis untersucht, ohne die Merkmale einer Geisteskrankheit feststellen zu können. Auch für den sogenannten Jugendirrsinn oder für Epilepsie waren Anhaltspunkte nicht zu finden. Ausführlich verbreitete sich der Sachverständige über die Frage, ob ungewöhnliche Züge im Seelenleben des Angeklagten vorlägen. Das scheint, so erklärte er, der Fall zu sein. Manasse sei seit seiner Geburt schwächlich gewesen; zudem habe seine Gesundheit durch Krankheiten gelitten. Seine Schwäche habe den Anlaß dazu gegeben, daß er eine Art Ausnahmestellung genossen habe. Kaum jemand aber habe den Weg zu seinem Seelenleben finden können. Manasse habe es bei seinem verschlossenen Wesen auch nicht verstanden, sich beliebt zu machen, im Gegenteil, der Sachverständige hält den Angeklagten für einen in eine eigenartige seelische Verfassung geratenen Menschen, der schließlich sehr unter einer dauernden Affektspannung gelitten habe, daß nur ein geringfügiger Anlaß genügt habe, um ihn zu einer unverhältnismäßig schweren Tat zu bringen. Der Sachverständige Dr. Alexander vom Psychoanalytischen Institut Berlin kam am Schluß seines Gutachtens zu dem Schluß, daß Manasse ein hartes Minderwertigkeitsgefühl beherrscht habe und daß er ein triebhafter Charakter gewesen sei. Die Oberkulturrätin Frau Dr. Wegscheider hielt das Schreiben des Angeklagten nach der Waffe für durchaus verständlich. Manasse habe offenbar neben dem Bruder, dem er ohnmächtig gegenübergestanden habe, auch etwas haben wollen, womit er habe trümpfen können. Nachdem dann noch Dr. Dyrenfurth sich gutachtlich dahin geäußert hatte, daß eine krankhafte Störung des Geisteslebens mit Ausschluß der freien Willensbildung keinesfalls erkennbar sei, wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Am Freitag wird nach den Plädoyers das Urteil gefällt werden.

„Graf-Zeppelin“-Brücke in der Pfalz.



In Pirmasens (Pfalz) wurde die neue „Graf-Zeppelin“-Brücke vollendet. Sie ist 212 Meter lang und als Betonablaß erbaut.

Flachegel-Rübenschnneider mit Stiftenmessern.

Das Ergebnis der Rübenschnneider-Vergleichsprüfung 1927/28.

Von Prof. Dr.-Ing. Borms und Privatdozent Dr.-Ing. Kaus, Landmaschineninstitut Bonn-Poppelsdorf.

An der Vergleichsprüfung für Rübenschnneider 1927/28 nahmen acht verschiedene Rübenschnneider mit zusammen 30 Maschinen teil, sowie vier Rübenbröckler. Vier dieser Systeme blieben nach den Untersuchungen als besonders günstig zurück, nämlich die Gittertrommel-Rübenschnneider mit Stiftenmessern, die Messer-Rübenschnneider, die Flachegel- und die Doppel-Rübenschnneider.

Das Schneiden der Rüben, besonders in der meist gewünschten mittleren Schnittgröße, erfolgt mit der Gittertrommelmaschine bezüglich Safterhalt und Kraftbedarf am günstigsten. Hierbei werden die Rüben erst durch die auf den Querschnitt der Messertrommel aufliegenden Stiftenmesser gespalten, was sehr leicht und sicher geht und das Einziehen der Rüben fördert, und dann werden sie von den Querschnittsmessern zerlegt. Allerdings konnten diese Maschinen im allgemeinen nicht schneller als mit 200 Umdrehungen laufen, da sich die Trommel sonst unter Umständen innen zuhebt, besonders wenn weiche Rüben geschnitten werden sollten. Im übrigen machte auch das Sauberhalten der Gittertrommel Schwierigkeiten, was im praktischen Betrieb dann meist unterlassen wird.

Günstiger bezüglich Drehzahl und Reinigung sind aber die Messer-Rübenschnneider, die Flachegel- und die Doppel-Rübenschnneider, bei denen aber wieder das Schneiden der Rüben mit gezähnten oder geteilten Messern nicht so günstig vor sich geht wie bei dem Gittertrommel-Rübenschnneider.

In unserem Prüfungsbericht¹⁾ schlugen wir deshalb vor, die Quer- und Stiftenmesser nicht wie bisher als Gittertrommel, sondern als Flachegel anzuordnen.

Die Maschinenfabrik F. Stille, Münster, hat bis jetzt als einzige Firma unsere Anregungen zur Grundlage einer Neuentwicklung gemacht. Zur rheinischen Provinzial-Wanderausstellung 1928 in Koblenz zeigte sie die erste

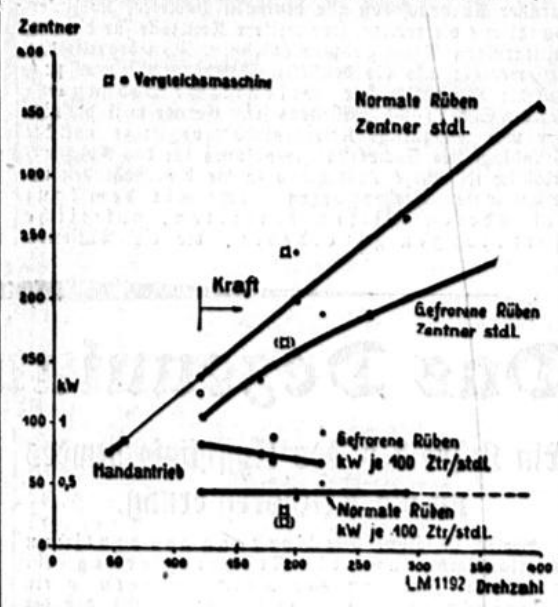


Diagramm des neuen Flachegelrübenschniders von Stille mit Stiftenmessern.

berartige Maschine, die aber einen Stiftenmesser enthält, der ungünstig ist und auf unseren Vorschlag hin durch einen Flachegel (Winkel an der Spitze etwa 60 Grad) ersetzt ist.

Aber bereits diese erste Maschine hatte die von Stille eingeführte sehr vorteilhafte Trennung der Stiftenmesser von den hier auch einstellbaren Querschnittsmessern, die auch bei den späteren Maschinen beibehalten ist. Im vergangenen Herbst überwies uns Stille die neue, mit Flachegel ausgerüstete Maschine zur Probe, die nach einigen kleinen Verbesserungen der Regelaufstellung und nach Anordnung einer geeigneten Abdeckung des Schneidaustritts nunmehr ganz ausgezeichnet arbeitet. Die Maschine hat nur eine Breite von 300 Millimeter, kann aber mit beliebiger Drehzahl laufen — wir haben bis 400 Umdrehungen angewendet — wobei die Leistung von 75 Zentnern flüchtig bei etwa 45 Umdrehungen und Handantrieb und Kraftantrieb mit steigender Drehzahl ganz gleichmäßig bis zu 300 Zentnern flüchtig bei 400 Umdrehungen anwächst. Bei hartgeformten Rüben wurden bei 370 Umdrehungen 240 Zentner flüchtig erreicht. Dabei werden die Schneidmesser, wie das ja die Eigenart der Flachegelmesserschneide bei gesteigerter Drehzahl immer fröhlicher infolge ihrer Hohlfräse ausgedeutet, die Maschine ist also immer frei und sauber. Das Einziehen erfolgt ebenfalls einwandfrei, wie das ja von den Gittertrommelmaschinen mit Stiftenmessern her schon bekannt ist. Verstopfungen und die daraus entstehende Unfallgefahr sind ausgeschlossen, was auch die Vorteile bestärkt.

Der Kraftbedarf beim Schneiden von normalen Rüben beträgt 0,42 bis 0,45 Kilowatt je 100 Zentner flüchtig gegenüber 0,3 Kilowatt der einfachen Gittertrommel mit Stiftenmessern, 0,4 bis 0,5 Kilowatt bei Rübenschnidern mit gezähnten Messern, 0,5 Kilowatt bei geteilten Messern und schließlich 0,6 bis 0,8 Kilowatt mit Ventilmessern. Bei hartgeformten Rüben war kein Unterschied im Kraftbedarf der neuen Maschine und einer Vergleichsmaschine mit unterfuchter Gittertrommelmaschine mit Stiftenmessern zu beobachten. Der Kraftbedarf war 0,7 bis 0,8 Kilowatt.

Die neue Rübenschnneiderbauart, der Flachegel-Rübenschnider mit Stiftenmessern, vereinigt in sich die Vorteile der vier besten Rübenschnidersysteme, ohne deren Nachteile zu bejagen.

Ein ganz besonderer Vorzug dieser Maschine liegt aber darin, daß sie lediglich durch die Wahl einer entsprechenden Drehzahl allen praktisch in Frage kommenden Leistungswünschen angepaßt werden kann. An Stelle der Dufende von Rübenschnidermodellen mit Scheiben, Jentrecht oder wagerecht, mit Walzen, Regel, Stiel oder



Rübenschnider.

Flach, oder Doppelregel und Trommeln in verschiedenen Größen für Handbetrieb und für verschiedene Leistungen bei Maschinenantrieb, tritt tatsächlich eine einzige Maschine in einer einzigen Größe, deren Leistungsfähigkeit 75-300 Zentner flüchtig beträgt, je nachdem ob sie mit Hand gedreht wird oder je nachdem wie groß man bei Kraftbetrieb die Riemenstrecke wählt. An Stelle der glatten Rübenmesser, der fünf-, sechs-, sieben-, acht-, neun- und zehn-zähligen, der Messer mit fünf, sechs, sieben, acht und mehr Zollen, der Ventilmesser, kurz an Stelle der über 500 Rübenschniderarten tritt eine einzige Querschnittsgröße und eine einzige Stiftenmessergröße. Ein Vereinfachungs- und eine Vereinfachung der Rübenschnider-Vergleichsprüfung, der für die Herstellung wie für den Landwirt und für die Ernteabfuhr von größter Bedeutung ist.

¹⁾ Borms und Kaus, Vergleichsprüfung von Rübenschnidern 1927 bis 1928. Veröffentlicht im „Jahrbuch des Landw. Vereins für Rheinpreußen 1929“.

²⁾ Im Jahre 1928 sind allein in der Rheinprovinz 64 Unfälle an Rübenschnidern gemeldet worden.

³⁾ Nach den Angaben des Normenausschusses.

Ausstellung „Münsterland“ vom 28. 6. bis 2. 7. 1929 in Münster.

Besichtigen Sie unsere Spezialitäten

Westalia Motor-Drescher
Mähdrescher der Schrotmeister
Strohpressen, Strohbinden

usw. Alles Qualitätsmaschinen zu billigen Preisen und günst. Zahlungsbedingungen.

Wir haben zur Besichtigung in Coesfeld bes. billig abzugeben gebrauchte

Lohn- und Motorbreitendrescher
durchgepariert, sehr gut erhalten.

Maschinenfabrik Fritz, Cressfeld.



Wir sind die Hersteller der allseitig bekannten und bevorzugten Drainröhren.

Lipp-Thonwarenfabrik
v. Hagen & Co. G. m. b. H.
Dörentrup 1, Lippe

Wäscherollen
in Hand- und Kraftbetrieb
Schrammel, Breslau 23

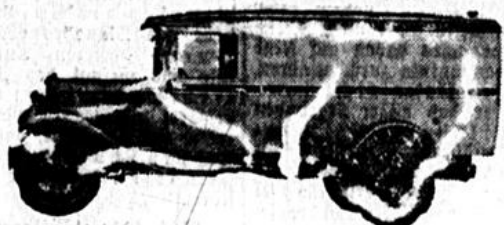
Ysselstr. 1
Lippe

Wied. 12



Auf zum Kampf gegen das Ungeziefer!

Das Auto im Dienste der Wirtschaft...



Wer die „Große landwirtschaftliche Ausstellung“ oder den Flugtag in Münster besucht, sollte nicht versäumen, sich die mannigfachen Verwendungsmöglichkeiten von Kraftwagen im modernen Wirtschaftsleben in unserer Sonderausstellung von Last-, Lieferwagen und Omnibussen anzusehen. — Diese Ausstellung ist auch für Sie ein wertvoller Ergänzung des allgemeinen Ausstellungsprogramms.



Günstige Zahlungsbedingungen nach dem General Motors Plan

Westfalenwerk Münster
gegenüber dem Ausstellungsgelände

Die Ausstellung ist vom 28. 6. bis 7. 7. durchgehend - auch Sonntags - geöffnet.

CHEVROLET IST EIN ERZEUGNIS DER GENERAL MOTORS

Auf der landwirtsch. Ausstellung v. 28. 6. bis 2. 7. 1929 in Münster i. W. führen wir unsere erhaltene
Schweißapparate
in Betrieb vor.
Kat und Auskult über alle schweißtechnischen Fragen erteilt ein erfahrener Schweißmeister an unserem Stande.
Bruns & Lohkampff,
Münster i. Westf.

Versäumen Sie nicht, den neuen
B.E.W.-Drehstrom-Selbstanläufer-Motor

mit Kälteanker, Deutsches Reichspatent ohne Schleifringe ohne Kohlenbürsten ohne Anlasser u. Stern Dreieckschalter ohne Fliehkraftscheibe auf der landwirtsch. Ausstellung in der „Halle Münsterland“ in Münster, vom 28. 6. bis 2. 7., Stand im Durchgang zwischen Kasse und Reithaus, zu besichtigen.

Anton Reintke, Münster,
Antoniusstraße 29, Fernruf 232 72.

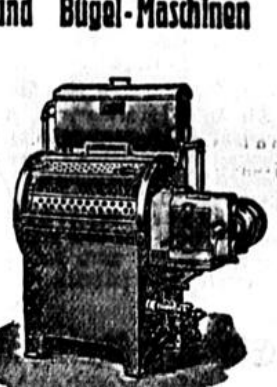
Schlackensand
hell und leicht liefert preiswert
Theodor Stephan, Essen.
Ruf 286 47 286 48 286 49.

Schahi
Waschmaschinen, Trocknenmaschinen, Heilmangel



Die praktische elektr. Haushaltswaschmaschine mit Unterleuerung.

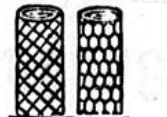
Schahi
Wasch-, Trocken- und Bügel-Maschinen



Einrichtung von kompl. Anlagen in Villen, Gutshöfen, Krankenhäusern, Klöstern, Hotels, Pensionen, Genossenschaften usw., sowie Wäschereien.

Fabrikniederlage:
Hans Götz, Münster, Bremer Str. 35.
Bitte besuchen Sie uns auf der landwirtsch. Ausstellung vom 28. 6. bis 2. 7. 1929, Stand 28, in der „Halle Münsterland“, Münster i. Westf.

Drahtgeflechte



Präzisionsgeflecht.
Ju. Groß, Duisburg 11
Niederrh. Draht-Indust.

Worin liegt der Erfolg der Miele-Fahrräder?

Der Erfolg liegt in der strengen Durchführung des Qualitätsprinzips, das allen Miele-Erzeugnissen eine führende Stellung verschafft hat.
Miele-Fahrräder werden nicht am Band, sondern in Präzisions-Serienfabrikation unter Verwendung der allerbesten Materialien hergestellt. Den Weitlauf in der Billigkeit auf Kosten der Qualität machen wir nicht mit.
Es liegt in Ihrem Interesse, wenn Sie sich vor Kauf eines Rades vom Fahrradhändler sachmännlich beraten und über die Qualitäts-Unterschiede zwischen dem hochwertigen Miele-Fahrrad und den billigen Marken- und Spezialrädern aufklären lassen.
Mielewerke A.-G.
Güterlosh/Westfalen
Fahrradfabrik in Bielefeld

Zu beziehen durch die Fahrradhandlungen

Versäumen Sie nicht, die Miele-Erzeugnisse auf der landwirtsch. Ausstellung vom 28. Juni bis 2. Juli 1929 in der Halle Münsterland, Münster, zu besichtigen

Jede der Vo

Verpreis: 2,25 M

Freiwillig des

Entlicher Angeleg des Bundesamts von Bürgermeistern und Unter des Kreises Vor

Organ der Zentrumsp

Nummer

Zust

44 Stf 36

Die Statore schnelle Der

Im Freihilfen während sich die Adenauer der failler Vertraung der Kundgebun Reichsregierung erkl Hauje eins mit den und Ueberzeugungen

Die Staatsratsrat der Beratung des zu dem am 14. Jun des Freistaats gen Stuhl", som totoll vom gleichen

Auf der Regieru Beder mit seinen V

Der Verfasse schuh haben in ge men der Arbeitsgem schlossen, Ein wen

Dazu haben die mein schaft beant zu erheben, wenn in selbst zum Ausdrud der Kurie nur gle Vertrag mit den ev treten könne.

Für die Wenarst teilnehmen, die den teien, Sozialdemotr 43 von den 81 Man

Der Ausschüßber wies darauf hin, da Hege, daß man ihn

entweder

müsse. Forderungen der Borlage abgewo habe erklärt, die R baldige Verabtrages, erkenne aber eine Vereinbar Kirchen zu trei solche Vereinbarung stände kommen

Mitberichterstatte (Arbeitsgemeinschaf) Meerfeld vor, er hab

Er, Jarres, habe nu erfüllt, wenn er auf Staatsvertrag aufget Er geht zu, daß

durch die Ausfüß bestehenden Beden

feien. Er persönlich ein Gegner dieses V jedoch zugeben, daß des Staates gegenü sei. Bezüglich der V habe der Kultusmini können, daß er erklä bildeten Geiftl Reifezeugnis h

Nachdem Ven de gegen die Sozialdem feiner Gruppe begrü feld (Soz.), er müß den Dr. Jarres erbe demokratische Haltung anlange, so sei die

Trennung

etner der Grundfüße programm; der gl Reichsverfassung auf Das steht beides nu Trennung bisher no einer der entscheidend Reich noch Vän fien, die hohen f gen, die bei einer notwendig wären. I die Sozialdemokraten Schulfragen einbezoge nisten: Sie sind ja di der Kirche ruhig gew seine Dberhoheit übe vorliegende Vertrag Die Sozialdemokraten Uebergangsbestimmun Recht bis zur Wusf Reichsverfassung. U feli, würde nach ihrer Schlußbestimmungen r seine Bobenten aufre mung nicht zum Ku traten würden dem Toleranz aufstimm.

Die Verhandlungen müßten eine festere

Für die Arbeit Weisenfeld den ol beruhe nicht auf gr Konforbat. Der Ur dem bisher Erleben tatfächlich als eingetretet in geitigen Abschluf for Antrag anstücken un und auch die Währu möglich.